

Umweltverschmutzung Müll auf dem Planeten Plastik

Die gute Tat kündigte die schweizerische Plastikindustrie unvermittelt an: Am 23. September 2009 gab der Kunststoff-Verband Schweiz (KVS) die Gründung eines «Fonds für nachhaltige Kunststoff-Wiederverwertung» in Entwicklungsländern bekannt. Das Motiv wurde nur diskret erwähnt: Ein Film stelle Plastik als «mögliche globale Bedrohung» dar und werfe «wichtige Fragen» auf.

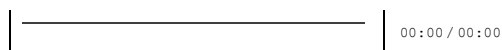
«Ein Film?», werden sich die wenigen Leute gefragt haben, die die Ankündigung überhaupt zur Kenntnis genommen haben. Denn «Plastic Planet», der Film des österreichischen Filmemachers Werner Boote, war in der Schweiz bisher kein Thema – er wird voraussichtlich erst am 25. März in unsere Kinos kommen. Der KVS wollte offenbar vorsorgen. «Wir waren alarmiert, ganz klar», sagt dessen Präsidentin, die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala.

«Plastic Planet» zeigt spielerisch, wie selbstverständlich wir in Unmengen von Plastik leben. Verblüfft schaut man zu, wie Familien in allen Weltgegenden Habseligkeiten aus Plastik vor ihren Häusern auftürmen. Auch Plastikmüll fand Filmemacher Boote überall: in der Sahara und im Nordpazifik, wo Strömungen einen Plastikmüllteppich entstehen liessen. Kleinste Plastikreste sind dort 60-mal zahlreicher als Plankton – die Fische verenden mit Mägen voller Plastik.

«Das Abfallproblem macht sehr betroffen», sagt KVS-Präsidentin Fiala. Zwar habe sie sich über die Passage geärgert, in der der Filmemacher im Supermarkt Sticker mit der Aufschrift «Plastic kills» auf die Waren klebt. Der KVS nehme aber die im Film thematisierten Probleme ernst, beteuert sie. Mit der Gründung des Fonds trete man den Tatbeweis an. Fiala kann sich vorstellen, die Behörden der indischen Stadt Varanasi zu unterstützen, die im Abfall zu ertrinken droht. Ihr schwebt ein «Know-how-Transfer bezüglich der gesamten Abfallkette vom Sammeln bis zur Wiederverwertung» vor. Ausgewählt würden die Projekte aber von den Fachleuten der Bundesverwaltung.

Möbel, Flaschen, Kisten, Kleider – Milliarden von Menschen setzen auf Plastik. Als Abfall aber lagert sich Kunststoff auch dort ab, wo er nicht hingehört: in der Wüste, im Meer, im Blut. Der Film «Plastic Planet» klagt den Werkstoff an und beunruhigt die Plastiklobby – auch in der Schweiz.

▪



Tropfen auf dem heissen Stein

Das Startkapital des Fonds beträgt 50'000 Franken. Zum Vergleich: 2008 exportierte die Schweizer Industrie Plastik im Wert von vier Milliarden Franken. Ein Tropfen auf den heissen Stein also? «Dies ist immer die Ausrede, um gar nichts tun zu müssen», entgegnet Fiala, «der KVS will jetzt aber etwas unternehmen.» Man setze alles daran, dass Firmen und Partnerverbände in Deutschland und Österreich den Fonds finanziell noch kräftig aufstocken. Klar ist aber: Der KVS hat sich so eine Gelegenheit verschafft, dem Schweizer Publikum vor dem Kinostart von «Plastic Planet» noch eine frohe Botschaft zu vermitteln. «Wir sind bei der Abfallbewirtschaftung wirklich die Musterknaben», behauptet Fiala.

Doch der Film schneidet auch ein Thema an, das in der Schweiz brisanter ist als das Abfallproblem: Im Plastik enthaltene chemische Stoffe lagern sich im Körper der Menschen ab. In Österreich liessen 40 Kinobesucher ihr Blut testen. Mehr als ein Dutzend problematischer Stoffe wie Flammschutzmittel, Phthalate (Weichmacher) und Bisphenol A wurden nachgewiesen. Doch wie schädlich ist der Kunststoffcocktail in unserem Blut? Im Film weicht die europäische Lobby «Plastics Europe» der Frage aus. Umso ausführlicher liefert sie hinter den Kulissen Argumente gegen den Film – in einem Papier mit dem Vermerk «ausschliesslich zum internen Gebrauch».

Boote selbst hat sich durch einen Berg von Studien über Problemstoffe im Plastik gekämpft. «700 unabhängige Gutachten beweisen ihre Schädlichkeit, zehn von der Industrie finanziert halten dagegen», sagt der Film. 40 Studien warnen vor Bisphenol A, einer der häufigsten Industriechemikalien. Sie wird für hitzefestes Kunststoffgeschirr, Babyflaschen und die Innenschicht von Konserven gebraucht und soll schon in kleinsten Dosen das menschliche Hormonsystem negativ beeinflussen.

Seit Jahren tobt um Bisphenol A ein Expertenstreit. «Die meisten industrienahen Labors entdecken keinen Effekt kleiner Dosen, die meisten unabhängigen Studien hingegen schon», sagt die Humantoxikologin Margret Schlumpf von der Zürcher Firma «Green Tox». Sie war am Nationalen Forschungsprogramm zu hormonaktiven Substanzen (NFP 50) beteiligt und forscht jetzt im Rahmen des europäischen Forschungsprogramms zu diesem Thema. Bei jungen Männern sinke die Spermienzahl, bei Frauen nehme Brustkrebs zu. «Neuere Forschungsergebnisse deuten auf einen Zusammenhang mit der Vielzahl von hormonaktiven Chemikalien hin, die heute überall verwendet werden», sagt Schlumpf. Vor allem in der Entwicklungsphase seien Tiere und Menschen hochempfindlich.

Abklärungen und ein Verbot

Schlumpf räumt zwar ein, dass es noch keine detaillierten Studien zur Wirkung dieser Stoffe auf den Menschen gebe. Im Zweifelsfall sei aber Vorsicht geboten. «Vor allem Kleinkinder könnten sehr viel empfindlicher auf Bisphenol A reagieren, als man sich das bisher vorgestellt hat», warnt sie.

In der Schweiz sei der Grenzwert für Bisphenol A in Lebensmitteln «extrem tief», betont hingegen Fiala. Im Übrigen verweist die KVS-Präsidentin an das Bundesamt für Gesundheit (BAG): «Sollten all die Vorwürfe zutreffen, dann würde das bedeuten, dass die Schweizer Zulassungsbehörden die Risiken falsch bewertet hätten.» Doch auch die Schweizer Behörden reichen die Verantwortung weiter – an die EU. Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) habe 2007 bestätigt, dass die Aufnahme von Bisphenol A nach geltenden Richtwerten auch für Säuglinge unbedenklich sei, erklärte der Bundesrat im Sommer 2008: «Für die Risikobeurteilung schliesst sich das BAG den Arbeiten der EFSA an.»

Orientieren könnten sich die Schweizer Behörden aber auch an Kanada, das ein Verbot von Bisphenol A in Babyflaschen angekündigt hat. Davon hält Otmar Zoller vom BAG wenig. «Wenn es wirklich ein Problem mit extrem niedrigen Dosen gäbe, dann müsste man Bisphenol A nicht nur in Schoppen, sondern generell verbieten», sagt er. Geringe Dosen würden Babys oft auch mit der Muttermilch aufnehmen. «Für ein Totalverbot bräuchten wir schon sehr gute wissenschaftliche Argumente – die fehlen uns bis jetzt», so Zoller.

In einem Merkblatt zu Bisphenol A bezeichnet das BAG ein Verbot gar als kontraproduktiv. Es würde «unweigerlich dazu führen», dass die Hersteller «auf andere Stoffe ausweichen müssten, deren Toxizität weniger gut bekannt ist». Diese Argumentationshilfe aus dem Schweizer BAG griff die Lobby «PlasticsEurope» in ihrem internen Papier zum Film dankbar auf.

Immerhin sind heute Babyprodukte ohne Bisphenol A erhältlich – dank dem Wirbel, den das von Kanada angekündigte Verbot ausgelöst hat. Die Schweizer Herstellerfirma Lamprecht produziert Schoppen und Schnuller ohne Bisphenol A. «Wir wollen gerade bei Babyprodukten zu 100 Prozent auf der sicheren Seite sein», sagt Michaela Schäfer, Bereichsleiterin Marketing. Das Ersatzmaterial Polyamid sei gemeinsam mit dem Hersteller Ems-Chemie «sorgfältig evaluiert» worden und enthalte «keine Problemstoffe». Lamprecht verzichte bei ihren Produkten auf Bisphenol A und die ebenfalls umstrittenen Phthalate.

Druck auf die Politik vergrössern

Die deutschschweizerische Rotho-Gruppe ist weniger konsequent. Zwar bringt sie Babyprodukte ohne Bisphenol A auf den Markt, aber sie hat auch zwei mikrowellentaugliche Behälter aus Bisphenol-A-haltigem Polycarbonat im Angebot. Die Belastung der Lebensmittel sei aber sehr gering, betont die Firma. Einem Prüfbericht des deutschen TÜV zufolge liegt diese um das 150-Fache unter dem gesetzlichen Grenzwert. Nach wie vor ist es für Konsumenten aber schwierig, Plastikprodukte ohne Bisphenol A und andere umstrittene Stoffe zu finden: Eine Deklarationspflicht fehlt.

Filmemacher Boote wirft den Behörden vor, allzu oft dem Druck der Industrie nachzugeben. «Ändern wird sich das erst, wenn die Konsumenten sich für diese Stoffe zu interessieren beginnen und Forderungen an die Politiker stellen.» Vielleicht merkt dann sogar die Industrie, dass gute Geschäfte auch ohne Problemstoffe möglich sind.

Die Ems-Chemie jedenfalls, die nach eigenen Angaben nie Bisphenol A verwendet hat und einen alternativen Stoff anbietet, stellt auf Anfrage selbstzufrieden fest: «Das Geschäft mit unserem Bisphenol-A-freien Kunststoff entwickelt sich positiv.»

Bangladesch hat Plastiksäcke verboten, China und etliche europäische Länder haben zumindest bei den dünnen Gratissäcken nachgezogen. In der Schweiz fordert der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman ein Verbot von Wegwerf-Plastiksäcken. Doch der Bundesrat und die Branche lehnen die Forderung mit dem Argument ab, die Abfallpolitik sei bereits vorbildlich. «Die Wiederverwertungsrate von Kunststoff beträgt in der Schweiz 99 Prozent», betont der Kunststoff-Verband Schweiz (KVS).

Verwertung: Plastik wird verbrannt statt recycelt

Die stolze Bilanz basiert aber vor allem auf der Abfallverbrennung: Vier Fünftel des Kunststoffmülls werden in Kehrverbrennungsanlagen und Zementwerken verbrannt – und so in Wärme oder Strom umgewandelt. Weniger brillant sieht es beim eigentlichen Kunststoffrecycling aus. Aus dem Haushaltssektor werden nur PET-Getränkeflaschen gesammelt. 2008 wurden 78 Prozent davon eingesammelt und zu neuen Flaschen oder Kunststofffasern, etwa für die Textilindustrie, verarbeitet.

Insgesamt verwendet die Industrie in der Schweiz aber nur wenig Recycling-Kunststoff. Laut KVS produzierte sie 2008 zu 83 Prozent mit «jungfräulichem Material». Namhafte Recyclinganteile bestehen laut Bundesamt für Umwelt neben PET nur in gewissen Segmenten: 15 Prozent für expandierte Polystyrole (Isolationsmaterial, Styropor), 8 Prozent für PVC-Fensterrahmen und Rohre, 5 Prozent für grosse Verpackungs- und Silofolien.

Zudem lag der Plastikverbrauch in der Schweiz mit 118 Kilogramm pro Kopf 2007 über dem Durchschnitt in Westeuropa (105 Kilogramm) und Nordamerika (111 Kilogramm). Und er nimmt rasch zu: von 850'000 Tonnen 2006 auf 900'000 Tonnen 2008. Mit rund 3000 Tonnen sei der Anteil der Plastiksäcke jedoch zu gering, um ein Verbot zu rechtfertigen, argumentiert der Bundesrat. «Optimierungspotential» sieht er immerhin dort, «wo die Säcke kostenlos an der Kasse aufliegen und damit oft etwas gedankenlos konsumiert werden».

Infos über «Plastic Planet»

Schulungs- und Hintergrundmaterial zum Herunterladen, Trailers, Presseinformationen und Fotos unter www.plastic-planet.at

Autor: Simon Thönen

10. Februar 2010, Beobachter 1/2010

0 Kommentare